

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1278/2003 öffentlich 14.04.2003 14.04.2003	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen, Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, junge Erwachsene und Personen mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Ergänzung des am 28.03.03 beschlossenen Antrags wird der Magistrat gebeten:

1. Neben der Werbung für zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche und junge Erwachsene bei der heimischen Wirtschaft durch die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Freiwilligenagentur Marburg ein Projekt „Ausbildungspaten“ zu starten. Dabei sollen ehemalige Führungskräfte von Unternehmen gewonnen werden, die bereit sind, ihre Beziehungen und Kompetenzen für das Akquirieren von Ausbildungsplätzen und für die Betreuung von Jugendlichen während der Ausbildung einzusetzen.

2. Sich dafür einzusetzen, dass Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte junge Menschen mit ausgeprägten Motivationsproblemen und für Personen, die besondere Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben wie Langzeitarbeitslose und schwerbehinderte Arbeitslose im erforderlichen Umfang erhalten bleiben.

Begründung:

Im letzten Sozialausschuss wurde von seiten der Verwaltung berichtet, dass mit einem dramatischen Rückgang bei den angebotenen Ausbildungsplätzen zu rechnen ist und davon ausgegangen werden muß, dass über 300 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden werden, wenn nicht noch erhebliche Anstrengungen von Seiten der Wirtschaft erfolgen. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Arbeitsverwaltung die bisher gewährten Zuschüsse für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in bisher nicht gekanntem Umfang gekürzt bzw. ganz gestrichen hat. Deshalb müssen alle Möglichkeiten, zusätzliche Ausbildungsplätze bereit zu stellen, genutzt werden.

Das anderwärts bewährte Modell „Ausbildungspaten“ sollte auch in Marburg in Kooperation zwischen städtischen Ämtern, der Jugendberufshilfe und der Freiwilligenagentur realisiert werden, um einerseits die Möglichkeit auszuschöpfen, dass durch diese Personen zusätzliche Ausbildungsplätze bereit gestellt werden, andererseits Jugendlichen, die Probleme bei der Durchführung ihrer Ausbildung haben, verständnisvolle Paten an die Seite zu stellen.

Vor allem für benachteiligte junge Menschen mit ausgeprägten Motivationsproblemen - die auf dem Ausbildungsmarkt nahezu chancenlos sind und aus dem üblichen Raster der Versorgung mit Ausbildungsplätzen herausfallen, für die des weiteren der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Perspektive einer dauerhaften Erwerbsarbeit weitgehend verschlossen ist - sind über die Patenschaften hinaus Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeit und Bildung sowie Integral unverzichtbar. Die dramatischen Kürzungen der Arbeitsverwaltung können zwar nicht durch die Stadt aufgefangen werden. Die Stadt soll die Beschäftigungsprojekte jedoch in jeder Hinsicht dabei unterstützen, dass die Maßnahmen im erforderlichen Umfang erhalten bleiben. Die gilt auch für die besonderen Maßnahmen für schwerbehinderte und Langzeit-Arbeitslose.

Können keine Kompensationsmöglichkeiten gefunden werden, dann werden die Einsparmaßnahmen zu erheblichen Folgekosten für die Gesamtgesellschaft führen.

gez. Dr. Christa Perabo
gez. Wolfram Schäfer

gez. Pauli Spies
gez. Ulrich Severin